

Nebröer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Nohleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Nohleben.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kammann Weich, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen tarifen: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebrö — Sparverein Altem.

Nr. 81

Donnerstag, den 10. Juli 1930

43. Jahrgang

Dietrichs Etat.

Der Reichsfinanzminister über die Deckungsvorlage.

— Berlin, 8. Juli.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutsch-rumänischen vorläufigen Handelsabkommens, das in zweiter und dritter Beratung angenommen wurde.

Es folgt dann die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums und in Verbindung damit die erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Wort an seinen Vorgänger Dr. Wobbenhauer, der sich durch sein mannhafte Eintreten für einen unbedingt gebotenen Haushalt-Berichtigern erworben habe, die eine spätere Zeit ruhiger Rückschau besser zu würdigen wissen werde. Nach einem kurzen Vorbericht über die Entlastung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist er auf den ungedeckten Selbsttrag des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargelegt hat, 485 Millionen RM betragt.

Die Ursachen dieses Fehlbetrages liegen ausschließlich in der wirtschaftlichen Einseitigkeit der letzten Monate zu suchen. Zur dies seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entstehen, zurückzuführen, und aus diesem, wirtschaftlicher Entladung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steueranfall.

Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäß dem Arbeitslosen die ihm zuzurechnenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das größte Unschickselsmoment auf der Ausgabenseite des Reiches geschwunden. Der Minister geht dann des näheren auf die Deckungsvorlage

ein. Was die von der Regierung beabsichtigte Einparung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angeht, so werde es unter den Reichsrats noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einparung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Arbeitsplans im Amt gemacht. Die von dem Reichsrat geforderte Erhöhung des Reichsbudgets an die Invalidenversicherung und der Lebensmittelzuschüsse aus der sogenannten Leg-Beitragung ließe sich zu betätigen. Alles in allem könne man sagen, daß von den Vorlesungen des Haushalts-Budgets lediglich 100 Millionen nichtige Einsparungen übrig blieben, die in auch die Reichsregierung zu machen entschlossen sei.

Die Hauptursache der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, läge auch eine feste Gefahr für die Finanzen des Reiches. Die Reichsregierung sehe diese Gefahr in aller Schärfe.

Mit den vorgelegenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man sich auskommen, wenn das Arbeitsbeschäftigungsprogramm durchgeführt werde. Um Vordringender zur Regelung der Gemeindefinanzen ständen der Verwaltungskostenbeitrag oder Bürgersteuer, die Gemeindegetränkesteuer und die Frage der Befreiung der öffentlichen Betriebe. Der Minister befaßt sich dann mit dem Umfang des Steueransatzes des Reiches und erklärt, daß hier die Entlastung der Realsteuer und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müsse, wobei er wiederum die Realsteuerfrage als die nordringlich halte. In dem Augenblick, in dem wir die Haussteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchen, werde die Auseinanderlegung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuer in ganzen oder einer Umgestaltung möglich sein werde. Der Minister wendet sich dann dem Jahreshaushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Zum Schluß weist der Minister auf die Bedeutung der Berücksichtigung der vorliegenden Gesetzentwürfe hin.

Mit diesen Vorlagen liege und solle nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Beitragserhöhung. Wenn diese beiden Dinge nicht erledigt würden, so sehe er keinen Weg, die hierdurch zu erwartenden Mittel in Höhe von rund 300 Millionen auszubringen, die die Arbeitslosenversicherung erforderlich.

Aber auch die ebenfalls bedeutsame Reform der Krankenversicherung und das Gesetz, welches die Befreiigung weiterer Kriegswidatenten im wesentlichen aufheben soll, könne dann schwerlich eine parlamentarische Erledigung finden.

Es würden nicht nur die sozialen Reformen, sondern auch die Grundlagen für das Ölprogramm entfallen. Mit steigenden Sorgen sei noch zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amt sei, jeweils rechtzeitig vor die Entschcheidung gestellt werden, die die Voraussetzung einer geordneten Haushaltswirtschaft sei.

Abgeordneter Dr. H. Herz (Esp.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie für die Sanierung der Reichsfinanzen in der Arbeitslosenversicherung zur Übernahme großer Opfer bereit gewesen sei. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werde nach Auffassung der Sozialdemokratie das Ziel der Gesundung der Finanzen nicht erreicht. Die Finanzen seien nur zu sanieren, wenn die Lasten über das hinausgehoben werden, was die Deckungsvorlage bringe. Gebort werden kann vor allem beim Reichsrat. Gebort werden könnte auch durch Aufhebung der Subventionen an die Länder. Wir verlangen die Berücksichtigung unseres Pensionistenantrages noch vor der Sommerpause und

machen vom dem Schicksal dieses Antrages unsere Haltung zu den übrigen Deckungsvorlagen abhängig. Abgeordneter Dr. D. B. (H. N.) gibt eine Erklärung ab, in der die Katastrophe der Reichsfinanzen als der Beginn der Aufbringungsphase des Youngplans bezeichnet wird. Die Erhöhung der Einkommensteuer liege im Gegensatz zu der Selbst von Herrn Brüdering anerkannten Notwendigkeit der Kapitalbildung. Es müsse unter allen Umständen erstrebt werden, das diesmalige Defizit durch Senkung der Ausgaben zu beseitigen. Darüber hinaus sei eine Senkung der Realsteuer und der Einkommensteuer möglich, wenn man die von den Deutschnationalen vorgeschlagenen neuen Einnahmequellen schaffe. Hierzu gehöre der Gehalt eines Verwaltungskostenbeitrages und die Befreiung der öffentlichen Betriebe. Voraussetzung für die Sanierung sei überhaupt eine grundsätzliche Veränderung der Tributen, Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Abgeordneter Dr. Reubauer (Komm.) tritt der Regierung vor, daß sie die Armen ausplündern möge, um alles den Reichen zu geben.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt Vizepräsident Esser die erste Beratung der Deckungsvorlagen. Die Vorlagen werden dem Steuerauschuß überwiesen. Das Haus verläßt sich auf Dienstag 3 Uhr: Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Kritische 14 Tage.

Der Kampf um die Deckungsvorlagen.

— Berlin, 8. Juli.
Der Kampf um die Deckungsvorlagen der Regierung tritt in dieser Woche in ein entscheidendes Stadium ein. Wie lange der Kampf im Reichstag dauern wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Die Reichsregierung hofft, bis zum 19. Juli sämtliche Deckungsvorlagen unter Dach und Fach zu haben und den Reichstag dann in die Sommerferien schicken zu können.

Da dies der Fall sein wird, dürfte aber davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, in den Verhandlungen, die sich in der Hauptsache hinter den Kulissen abspielen dürften, die Parteien zu einer anderen Stellungnahme gegenüber dem Reichsprogramm als bisher zu bewegen. Die Parteien scheinen nämlich, nachdem sie ihre ursprünglichen grundsätzlichen Bedenken zum Teil zurückgestellt haben, neuerdings den Versuch machen zu wollen, zahlreiche Einzeländerungen an den Steuererlassen durchzuführen. Dies würde bedeuten, daß für die Regierung 14 Tage schwieriger parlamentarischer Verhandlungen bevorstehen; jedoch wird die Regierung wohl nicht umhin können, sich auf derartige Verhandlungen einzulassen, da es zweifelhaft erscheint, ob die Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien ausreichen, um für eine Mehrheit im Reichstag zu sichern.

Befremtlich können die Deutschnationalen das Deckungsprogramm der Regierung wohl und ganz ab, während die Sozialdemokraten bisher noch nicht haben erkennen lassen, welche endgültige Stellung sie gegenüber den Deckungsvorlagen einnehmen werden.

Die wesentlichen Punkte der Deckungsvorlagen werden auch von den Sozialdemokraten bestritten. Wenn die Regierung sozialdemokratische Stimmen gewinnen will, wird sie somit ihr Programm in einigen Punkten ändern müssen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die politischen Verhandlungen im Reichstag zu einer Einsparung von 100 Millionen im Reichsbudget führen werden. Dies würde, wie man in unterrichteten politischen Kreisen berichtet, aber zweifellos auch bei einer Annahme des Deckungsprogrammes das Ende des Reichstages bedeuten, so daß dann wohl mit Neuwahlen für den Herbst (tribühnen für den September) gerechnet werden müsse. Das Schicksal der Regierung Brüning hängt also wieder einmal am dem Spiel.

Ein preußisches Sparprogramm

Berlin, 9. Juli.

Entsprechend dem vom preußischen Landtag angenommenen Antrag, der wesentliche Sparmaßnahmen fordert, hat die preußische Staatsregierung, wie der Demokratische Zeitungsbildungsfonds, ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Parlament als Gesetzentwurf vorgelegt werden soll. Wie verlautet, liegt das Programm u. a. die Aufhebung von rund 100 Amtsgerichten und einigen Landgerichten vor. Außerdem sollen etwa 30 Landrecht und 3 Regierungspräsidenten aufgehoben werden.

Panuropa im Auswärtigen Ausschuss.

Steuer- und Sozialpolitischer Ausschuss.

— Berlin, 9. Juli.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Wollast (DnL) zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung zunächst die Frage der Beantwortung der Brändischen Panuropa-Denkchrift steht. Zu Beginn der Sitzung nahm Reichsminister Dr. Curtius das Wort, um die Grundzüge der vom Reichsamtbestimmten befristeten Antwort dem Ausschuss bekanntzugeben.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird wahrscheinlich mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung nachträglich noch erheblich vergrößert worden ist. So soll sich an die Beratung der Paneuropäische eine Aussprache über die Saarverhandlungen anschließen. Dann sollen neben zahlreichen anderen außenpolitischen Abkommen die Handelsverträge mit Desterreich und Polen zur Beratung kommen.

Der Steuerauschuß des Reichstages begann die Beratung der Deckungsvorlagen. Am Sonntag (10. Juli) um 11 Uhr wurden die Anträge über die Brändfürsorge behandelt, während im Haushaltsauschuß das Gesetz über die Diözesen angenommen wurde.

Strefemann-Denkmal in Mainz.

Die feierliche Grundsteinlegung.

— Mainz, 8. Juli.

Unter starker Beteiligung der Bevölkerung fand am 7. Juli die feierliche Grundsteinlegung zum Strefemann-Denkmal statt.

Zahlreiche Vereine und hiesigen korporativen umfaßten mit ihren Fahnen den Platz, der mit den Flaggen des Reiches, Hessens und der Stadt Mainz geschmückt war. Der Tribüne gegenüber war ein mit Trauerlöwen umrahmtes Bild Strefemanns aufgestellt. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. Reichsminister Freiherrn Langewert von Simmern, Landeskommissar Geheimrat Dr. Hüniger, Provinzialdirektor Dr. Wehner, Oberbürgermeister Dr. Küll-Mainz sowie den Reichsminister a. D. Dr. Scholz. Als Vertreter der Familie Strefemann war Wolfgang Strefemann anwesend. Rhythmisches um 12 Uhr wurde die Feier mit dem Absingen des Liedes „Die Deutschen“ eröffnet.

Sodann ergriß der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz das Wort. Er feierte den verstorbenen Führer als den unermüdbaren Vorämpfer für die Rheinlandbefreiung, als den Staatsmann größten Formats, der leider den Tag der Freiheit nicht mehr schauen durfte.

Während die Flaggen auf Satoblast lanten und die Fahnen sich neigten, erklang das Lied „Im Brunnen vor dem Turm“. Dann wurde die Urkunde verlesen, die in den Grundstein eingemauert wird.

Oberbürgermeister Dr. Küll betonte in seiner Ansprache, daß Mainz wohl am schwersten gelitten und daher einen Anspruch darauf habe, das erste Denkmal des Befreiers in seinen Mauern zu bergen.

Die Befreiungsfeier in Rehl.

— Rehl, 8. Juli.

Die Stadt Rehl und das Hanauer Land feierten den Tag ihrer Befreiung von französischer Besetzung. An geschloffenen Zug teilnahmen die Teilnehmer an Nachmittags zum ehemaligen Geyerplatz hinaus, wo angesichts des Straßburger Winklers die einundzwanzigste Feier stattfand. Die geliebte badische Staatsregierung war anwesend, ferner als Vertreter der Reichsregierung Reichsminister Dr. Wirth, zahlreiche Vertreter der Reichsböden in Baden, die Oberbürgermeister der badischen Großstädte, sämtliche Bürgermeister des Hanauer Landes und die Vertreter der hier badischen Hochschulen. Nach der Begrüßungsansprache Bürgermeisters Dr. Zuhmer ergriß für die badische Staatsregierung Staatspräsident Dr. Schmitt das Wort, worauf dann Reichsminister Dr. Wirth die eigentliche Festrede hielt.

Saarfundgebung in Trier.

— Trier, 8. Juli.

Im Rahmen der Trierer Befreiungsfeier veranstaltete der Bund der Saarvereine eine von Tausenden besuchte Saarfundgebung auf dem Gelände des Trierer Stadions. Oberpräsident Dr. Fuhs-Soblenz, der dem Bund der Saarvereine die Glückwünsche der Staatsregierung überbrachte, ermittelte an die Tausendbesucher in Saarbrücken, die das herrliche Gewässer sei, das je ein Volk an patriotischer Gesinnung zum Ausbruch gebracht habe. Er werde nicht ruhen, bis auch die Glöden an der Saar die Freiheit gefunden. Pfarrer Hoch führte in seiner Festrede aus, die Stunde löste keine unvernünftige Freude zu. Auch jetzt in Ost und West in Nord und Süd deutsche Brüder und Schwestern von uns getrennt.

Die Bevölkerung an der Saar habe dem ganzen übrigen Deutschland ein herrliches Beispiel deutscher Gesinnlichkeit und Einigkeit gegeben. Wie am heutigen Tag sollten alle Deutschen sich untereinander die Hand reichen zur gemeinsamen Arbeit, um auf freiem Grund als freies Volk zu stehen. Sodann wurde eine Entschuldig zur Saarfrage angenommen. Das Deutschlandbesitz der Fundgebung.

Die Trierer Jubelfeier.

Trier stand im Zeichen der großen Befreiungsfeier. Zahlreiche Fremde hatten die alte Kaiserstadt aufgesucht. Schon am Sonnabendnachmittag zog ein Verkehrszug aus Trier, während gleichzeitig das Großfestzug „O. H.“ Trier passierte und die Teilnehmer des Rheinland-Befreiungsfestes auf dem Flugplatz bei Guren zur Zufriedenheit eintrafen. Gleichzeitg erreichte die Fahrer des Deutschen Touring-Klubs-München, 600 an der Zahl, Trier, wo sie bis zum Sonntag Nacht machten.

burg geboren. Sie vermählte sich 1869 mit dem Prinzen Günther von Schwarzburg, der im Juli 1880 zur Regierung kam und als letzter Schwarzburg-Sondershäuser Fürst bereits im Jahre 1909 verstarb.

Mühlhauen (Thüringen). Durch ein im Gemeindebau ausgebrochenes Feuer wurden in dem Dorfe Straß in inneren ganz kurze Zeit insgesamt drei Wohnhäuser, sechs Stallgebäude und Schuppen vollkommen verbrannt. Große Mengen Getreide und Strohpellets und viele landwirtschaftliche Maschinen verbrannten. Die Dorfbewohner wurden angehts des wilden Elements, dem die Feuerwehren machtlos gegenüberstanden, von einer Panik ergriffen. Ein Feuerwehmann erlitt einen Hüftstoß und konnte erst nach langen Bemühungen wieder ins Leben zurückgerufen werden. Die Entschädigung des Brandes ist noch unbekannt.

Schiff. In einem Zustand schwerer Depression hat der Fabrikdirektor und Stahlwerkebetreiber Franz Hermann von der Rederfabrik A. G. Franz Hermann seinem Leben ein Ende gemacht. Der Befand der Fabrik litt in seiner Weise erheblich. Der Status ist mit nahezu einer Million RMK alt. Der Grund zu der Tat soll allgemeine Enttäuschung über die Entschädigung der Rederfabrik sein.

Magdeburg. Der am 19. Februar an dem Bergwerksdirektor Kramer aus Nachterstedt verübte Mord scheint vor der Zuführung zu stehen. Direktor Kramer wurde, wie erinnerlich, nachts vor seinem Haus durch einen Schuß aus der Dunkelheit getötet. Es gelang nicht, den Täter zu ermitteln. Jetzt meldete sich die Frau des Häftlings Otto Koch aus Homm bei der Grundbesitzion in Nachterstedt und gab an, daß ihr Ehemann den Mord in Direktor Kramer begangen habe, doch war bis zum Jahre 1929 alle Heilgüsse und Adressen auf der Suche beschaffen worden und wegen Unkenntnis der Kramer erloschen worden. Die Frau, die wohl ein unruhiges Gemüths und Familienfeindschaft zu ihrem Schicksal veranlaßt haben, hat ihre Aussagen vor dem Richter wiederholt. Otto Koch wurde festgenommen und dem Gefängnis in Halberstadt zugewiesen. Dieser beschließt er die Tat.

Hellingsdorf. In Siemeredo ging nachts das Gut des Besitzers Füllere in Flammen auf. Sämtliche Gebäude, das Herrenhaus, die Wirtschaftsgebäude und ein Vollerwohnhaus brannten bis auf die Grundmauern nieder. Die Frau des Besitzers erlitt eine Rauchvergiftung und mußte ins Krankenhaus geschafft werden; die Arbeiterfamilien konnten sich nur mit knapper Not aus den Fenstern des brennenden Hauses retten. Es wird Brandstiftung angenommen, da das Gut an verschiedenen Stellen zugleich brannte. Es sollte am nächsten Tage zwangsversteigert werden. Mit dem Herrenhaus sind auch wertvolle Ackerkimmer verbrannt worden.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Der Schlafwagen des D-Zuges München-Berlin entgleiste. Beim Einfahren in die Station Berlin-Südende entgleiste der zweitste Wagen, ein Schlafwagen, des D-Zuges 71, der von München kam. Verletzt wurde niemand. Die Reisenden stiegen in einen anderen Wagen um. Der Zug kam mit geringer Verzögerung in Berlin an.

Königsberg i. Pr. Eine Studentin in den Alpen tödlich verunglückt. Die Studentin Hildgard Widmer aus Königsberg ist in den Winteralpen, wo sie in Begleitung eines Studienkollegen eine Hochtour unternahm, tödlich verunglückt. Das Mädchen war in eine Bergspalte gestürzt, und hier hatte das Seil ihr den Hals durchstoßen, daß der Tod durch Erstickung eintrat.

Kade. Großer Moor- und Heidebrand im Kreis Hadeln. Im Amtsdorfen Moor wütete ein Brand, durch den über 300 Morgen Moor- und Heidebestand vernichtet wurden. Der Brand nahm von einem neuangelegten Wege in der Nähe des kultivierten Moores seinen Ausgang und breitete sich bei dem herrschenden Winde mit großer Schnelligkeit aus. Der Altonaer Forstgarten in große Gefahr. Sämtliche Anlagen des Altonaer Gefangenenlagers, die hier zu Kultivierungszwecken verwendet werden, wurden zum Löschen aufgegeben.

Mörderleben. Der Nachbester Mörder verhaftet. Die Suche nach dem Mörder des Direktors Kramer von der Grube Ronforda in Nachterstedt, der in der Nacht zum 10. Februar aus dem Hinterhalt erschossen worden war, ist endlich mit Erfolg begleitet zu sein. In Folge wurde der 42jährige Arbeiter Otto Koch aus Homm verhaftet. Er hatte einen obeligen Zwiß mit seiner Frau, die ihn aus Rache als Mörder des Direktors Kramer bei der Polizei angezeigt hat. Die Waise, die der Täter nach dem Mord in den Mord in Homm gemietet haben soll, hofft man durch Abfragen des Wäfers zu finden. Ein Geständnis hat der Verhaftete noch nicht abgelegt.

Hamburg. Amerikanische Marineoffiziere in Bad Segeberg. Auf Anregung des Oberpräsidenten Rübis fand ein Ausflug eines Teiles der Offiziere des amerikanischen Geschwaders, das zurzeit in Kiel liegt, nach Bad Segeberg statt. Im Verlauf wurde das Züen angenommen, an dem der amerikanische Admiral Cloverin und der amerikanische Vorkapitän in Berlin, Sackett, teilnahmen. Oberpräsident Rübis begrüßte die Gäste, worauf Admiral Cloverin in englischer Sprache seinen Dank abbotete. Nach dem Aufenthalt in Bad Segeberg kehrten die Teilnehmer an dem Ausflug über Lübeck und Cuxin nach Kiel zurück.

Obst. Der Gesundheitszustand unverändert. Nach dem vom Lübecker Gesundheitsamt herausgegebenen Bericht hat sich der Gesundheitszustand der mit dem Calmette-Präparat geimpften Gefangenen vorläufig nicht verändert.

Dresden. 2. März. In Dresden. Die Stadtparlamentarier der Stadtverordnetenversammlung kam es zu erregten Zusammenkünften. Da ein Kommitté nach dem anderen für die Tribüne berechnete Reden hielt, wurde ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten angenommen. Die Kommunitäten hielten sich aber nicht daran, und die Tribünenbesucher gaben durch aufsteigende Pfeife ihre Verärgerung über das Verhalten ihrer Genossen im Saal lebhaften Ausdruck. Ein Tribünenbesucher schrie: „Und da laßt ein freches Schwein da unten!“ Die Ermahnungen des Vorsetzers zur Ruhe wurden nicht beachtet, so daß die Tribüne räumen sollte mußte. Dabei kam es zu wilden Ausschreitungen. Unter Schreien und Loben und Pflichten wurden die Demonstranten schließlich aus dem Saal gedrängt.

Wieder Verschleierung der Braunfabrikfrage. An den letzten Wochen machte sich auf den Braunfabrikarbeiten im Gestein die Einkunfte von Arbeiterfamilien

nicht notwendig, die Grube „Leonhardt“ nahm sogar Neueinstellungen vor. Leiber war die Beförderung der Lage nur von kurzer Dauer. Die Gruben „Cecilie“, „Elisabeth“ und „Winkel-Well“ sehen sich gezwungen, wöchentlich wieder eine oder mehrere Arbeiterfamilien einzulassen, auch hat die Grube „Leonhardt“ den größten Teil der neu eingestellten Leute wieder entlassen müssen.

Urteil im Meußdörfer-Prozess

Bayreuth, 9. Juli.

Nach einwöchiger Beratung fällt das Gericht am Dienstag nachmittags folgendes Urteil: Die beiden Arbeiter Schuberth und Popp sind inhaftig je eines Missetatschloß ausgeführt. Das Verbrechen eines besonders schweren Raubes. Schuberth wird zu 6 Jahren Zuchthaus, Popp zu 4 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Beide haben die Kosten zu tragen. Wegen der Missetat der Schwärzung, der das Verbrechen einstrang, wird auf 5 Jahre Gefängnis erkannt und wegen der Gemeingefährlichkeit auf Zufünftigkeit der Polizeiaufsicht.

Am die Zwischenfälle an der polnischen Grenze.

Berlin, 9. Juli. In Verhandlungen über die Zwischenfälle an der deutsch-polnischen Grenze haben sich die deutsche und die polnische Regierung heute geeinigt, den Sachverhalt durch je einen Beamten der beiden Regierungen einer gemeinsamen abschließenden Prüfung unterziehen zu lassen. Diese Kommission wird ihre Tätigkeit unverzüglich beginnen.

Kleine Chronik.

Ein Blatt der polnischen Schneiderindustrie in Oberschlesien? Wie von gutemristischer Seite verlautet, beabsichtigt die obereschlesische Schneiderindustrie, insofern sie sich in polnischen Händen befindet, in Warschau ein eigenes großes Tagesblatt herauszugeben, das unter dem Titel „Straj“ (Wand) demnächst erscheinen dürfte. Wie behauptet wird, soll hinter den Sponsoren General Sikorski als einer der Hauptträger stehen.

Brüsseler Tagung der Vereinigung für Anzeigen- und Reklamewesen. Die dritte Tagung der europäischen Vereinigung für Anzeigen- und Reklamewesen begann ihre Arbeiten unter dem Vorhitz des belgischen Ministers für öffentliche Arbeiten. Alle europäischen Länder sind an der Tagung vertreten. Der belgische Minister leitete in seiner Begrüßungsansprache das Anzeigen- und Reklamewesen zum Teil eine internationale Frage und dem friedensgebilligt nützlich sei. Der tschechoslowakische Vertreter Ruml vertrat einen Bericht, in dem er betonte, die Regierungen müssen dem Anzeigen- und Reklamewesen durch Schaffung von Berufsstellen auf diesem Gebiete behilflich sein. Professor Jullien forderte in seiner Rede die Gründung eines internationalen Instituts für das Anzeigen- und Reklamewesen.

Ausdehnung der Kindererziehungsinstitute im Elsaß. Die Kindererziehungen im Elsaß nehmen immer größere Ausdehnung an. Aus allen Gegenden werden neue Kindererziehungsanstalten gemeldet, so daß sich die Zahl der entranteten Kinder bereits auf 16 erhöht hat. Man rechnet mit einer noch weiteren Zunahme der Kindererziehungsanstalten. Eigentümlicherweise sind in den gebräuglichen Gegenden einzelner Kindererziehungsanstalten. Todesfälle haben sich seit dem Sonntag nicht mehr ereignet, doch schwächen einige der Kinder noch in Lebensgefahr.

Schwerer Unfall in der französischen Militärringier. In Béziers trat ein französischer Wasserflugzeug aufgeflogen, um Schießübungen mit Maschinengewehren durchzuführen, für die als Ziel Segelfluggelbe verwendet wurden, die von anderen Maschinen ins Schlepptau genommen worden waren. Die beiden pilothischen Wandler stieß ein der Flugzeuge, in dem sich drei Personen befanden, mit einem Segelfluggelbe zusammen und stürzte ab. Der Führer verlor mit der Maschine in den Fluten des Mittelmeeres, während sich der Beobachter, ein Marineoffizier, durch Abprung mit dem Fallschirm retten konnte. Der Bordmonteur konnte von einem Dampfer mit schweren inneren Verletzungen geborgen werden.

Kongress zum Vorhitz des Reichstags in Paris. Unter dem Vorhitz des Reichstags in Paris wird im Dezember in Paris der internationale Kongress für die Sicherheit der Luftfahrt zusammenzutreten. Bis jetzt haben schon 32 Staaten, darunter auch Deutschland, ihre Beteiligung zugesagt und die Entsendung von Abordnungen in Aussicht gestellt. Der Kongress wird in einem Reichthaus in der Avenue Jena tagen und durch praktische Vorführungen auf dem Flugplatz von Orly ergänzt werden.

Der Copner Flugplatz durch einen Wirbelsturm verwickelt. Die Unwettermelde hat in Südrussland ungeheuren Schaden angerichtet. An Vpon veranlaßt ein Wirbelsturm in kaum zehn Minuten den Flugplatz in eine Trümmerstätte. Mehrere Schuppen wurden zerstört. Sechs Flugzeuge wurden schwer beschädigt.

Der Behn in Züligkeit. Ein Ausbruch flüssiger Lava erfolgte aus dem Auswurfskegel des Behn, der von starken Explosionen und dem Auswurf glühender Schladen begleitet war. Bald darauf entstand an der unteren Westseite des Auswurfskegels eine Öffnung, aus der feurige Lava heftig hervorströmte. Die Lava hat sich in den nordwestlichen Abschnitt des Kraters ergossen und sämtliche kleineren Öffnungen ausfüllt.

Postraub in London. In der Londoner Innenstadt wurde ein Briefträger ein Postkast mit Einschreibebriefen im Werte von 20 000 Mark geraubt. Die Räuber warteten in einem Kraftwagen, bis der Briefträger vorbeikam, rissen ihm nach kurzem Kampf den Postkast vom Rücken und entkamen in größter Geschwindigkeit, von wenigen Fußgänger vergeblich verfolgt.

Die Errichtung von Stadtlundungsplätzen in London. Der Londoner Gemeinderat beschloß heute sich unter Teilnahme des Untersekreträrs im Luftfahrtministerium, Montag, mit der Frage der Errichtung von Landungsplätzen für Flugzeuge innerhalb der Stadt London, deren Notwendigkeit mit der Genehmigung des Luftfahrtministeriums verbunden ist. Als Landungsplätze kommen entweder eine Plattform über der Themse, ein Landungsplatz über dem Bahnhof von Waterloo oder auf anderen hohen Gebäuden und die Errichtung von Landungsplätzen auf der Themse selbst in Frage. Die wichtigsten Erweiterungen dieses Planes betreffen die Errichtung von Landungsplätzen; auch die Kostenfrage ist noch keineswegs gelöst.

Verkehrende Wirbelsturmgeschäden im Kaufhaus. Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sontjeunion aus Moskau wurde die Provinz Korbarda im Kaufhaus von einem verheerenden Wirbelsturm heimgesucht. In einer Breite von 15 Kilometern und einer Länge von 60 Kilometern wurden Felder und Wälder verheert. Die Saaten und große Vieherden sind vernichtet worden.

Lappo-Liste.

Finnlands Jachtschiffsbewegung.

12 000 Bauern ziehen durch Hellingfors, 1300 Autonobite schloßten durch die Stadt. Am Freitag, am 1. Juni, kamen blau-schwarze Jachtschiffe flatternd. Was ist? Eine Selbstbewegung? Eine Bauernbewegung? Eine Bewegung, die einen stark religiös-pietistischen Ursprung hat, die aber auf ein hochpolitisches Ziel losgeht, an dessen Ende das Jachtschiffregime stehen soll. Kola, Kires und Haarla, ein Bauer, ein Propst und ein Kommernzialist sind die geistlichen Führer dieser Bewegung, die jetzt dabei ist, die Macht in Finnland zu übernehmen. „Lappo-Liste“, auf jeder blau-schwarzen Fahne, auf jeder blau-schwarzen Armbinde steht „L.“ Die Bauern sind in die Stadt gekommen, um stumm aber mit bewußt zur Schau getragener Machtgefühl für ihre Bewegung zu werden und die Erfüllung ihres Programms zu fordern.

Das Programm? Erfahren fordern sie die Unterdrückung aller kommunalistischen Organisationen, zweitens verlangen sie den Ausschluß aller kommunalistischen Abgeordneten aus dem Parlament, drittens soll kein Kommunist ein öffentliches Amt bekleiden. Also eine Anti-Sowjet-Bewegung. Vielleicht auch in Sorge vor dem bevorstehenden Aufstand. Vielleicht aus Furcht vor dem Kollektiv. Gegen diese Gefahr will man eine Macht aufbauen. Die Macht der starken Hand. Eine Parlamentarierform soll das Proportionalwahlrecht abhelfen, den Einmann-Wahlkreis einführen, die Verschärfung des politischen Strafrechts, die Einschränkung des Presse-, Vereins- und Versammlungsrechts soll die Grundlage für diesen Kampf gegen den Kommunismus bilden.

Am Lande sind diese Forderungen der Lappo-Leute mit Sympathie oder auch mit Begeisterung aufgenommen worden. In den Städten denkt man etwas nüchtern, und die Nachrichten aus Hellingfors lassen keineswegs erkennen, daß etwa die Bevölkerung der Bauern absehend gegenübersteht. Man wartet ab. Gerade die lummene Demonstration, die man beschließt sich auf den Markt durch die Straßen, man immer wieder langsam der rechte Arm gebogen wird, aber die typische Jachtschiffsbewegung hat sich nicht eingestellt. Man weiß außerdem, daß die Regierung der Lappo-Bewegung nicht unempfindlich gegenübersteht. Man weiß, was das Programm der Lappo-Leute nachdrücklich abgelehnt werden wird. Mit Modifikationen selbstverständlich. Und außerdem, die Sympathie für die Kommunisten ist noch nicht so groß, wie diese es glauben haben. So ist dieser Bauernmarsch auf Hellingfors sicher ein beachtenswerter Akt in der nächsten innerfinnischen Entwicklung. Man muß abwarten, welche praktischen Erfolge die Lappo-Leute bei ihrem ersten Auftreten erzielen werden.

Niederlage Lardies in der Kammer.

Paris, 9. Juli. Im Verlauf der Aussprache über das Petroleumabkommen zwischen dem französischen Staat und der französischen Petroleumgesellschaft wurde die von dem Abgeordneten Guernier gestellte, vom Handelsminister befragte Vorlage mit 297 gegen 275 Stimmen angenommen. Die Regierung hatte nicht die Vertrauensfrage gestellt. Die Kammer wird sich am Donnerstag mit der Wirkung dieses Wahlungsergebnisses auf die Regierungsvorlage zu beschäftigen haben.

Eine tödliche Schmachtschrift gegen den B.D.A.

Ein Dr. Schillig hat eine vom Bund Geschäftsbereiter Schulreformer empfohlene Schrift „Verens mit dem B.D.A. aus den Schulen“ vertriebt. Der Verens für das Deutschtum im Ausland, der unter dem Ehrenvorsitz des Reichspräsidenten unermüdliche Kulturarbeit für das Auslandsdeutschtum leistet und soeben in Salzburg die 50-Jahresfeier unter starker Anteilnahme aller Reichs- und Provinzialregierungen begehen wollte, hatte den Verfasser der Schrift sowie Vertreter der Schulbehörden, Lehrerschaft usw. zu einer Aussprache eingeladen. Weber Dr. Schillig, der vertritt war, noch die von ihm benannten Vertreter waren erschienen. Die Leiter der Augenarbeit und Pressenheit des Verens Dr. Schöneich und F. G. Habebach wiesen die abfällige Inhaltstennis und Leichtfertigkeit der Schrift nach. Der Inhalt der Schrift bildet eine Anleinberredung ungewisser, für Kenner der Verhältnisse lächerlich wirkender Behauptungen sowie einseitig zusammenhangloser Sätze. Alles, was dem Verfasser nicht in seine vorgefaßte Meinung paßte, wurde die Gesamtstellung und geschäftliche Bedeutung der B.D.A.-Bewegung sind unbedachtlich geliebert. Als besonders dreist wurde die ohne jeden Verweis eines Beweises an der Luft geblasene Behauptung der von der gesamten Verensöffentlichkeit aus strengste und sorgfältigste überwachten Finanzverwaltung gefehlschmetzt. In der Aussprache wurde u. a. von auslandsdeutschen Redatoren der Vorklag gemacht, Herrn Schillig ein Verlesentum zu geben, damit er sich bezuhen über die Notwendigkeit der B.D.A.-Arbeit in den Schulen und die Verwendung der B.D.A.-Mittel, die vielfach den schlagungsgemäßen Aufgaben zugute kommen, erläutern könne. Nachdem der Bund Geschäftsbereiter Schulreformer und im besonderen kein ebenfalls persönlich eingeladener Vorklagender Dr. Ostfeld es nicht für nötig hielt, vor einem ernannten Kreise von Vertretern der Schulbehörden, Lehrern und Auslandsdeutschen für ihr Vorgehen einzutreten, dürfte dieser ungewöhnlich haltlose Vorklag gegen die für das Auslandsdeutschtum unerlässliche Schularbeit des B.D.A. in ernst zu nehmenden Kreisen als erledigt betrachtet werden.

Zwei Tage Bremen und einen Tag Helgoland!

In diesen Worten liegt ein in bezaubernde Weise und ohne großen Kostenanfang auszuführendes Programm, dessen Voraussetzungen durch die Lösung eines entsprechenden Geschäftsbereiches erfüllt werden können. Es ist bei allen Betrachtungen des Norddeutschen Lloyd über den Mitteleuropäischen Reisebetrieb erhältlich. Das Geschäftsbereich berechtigt zu einem zweitägigen Aufenthalt in der Reisezeit, an historischen Kulturdenkmälern, aber auch an völlig neuzeitlichen Bauten und Anlagen reichen Genießbarkeit, ferner zu einer Fahrt nach Bremerhaven, wo die größten deutschen und der Welt schifflichen Handelsschiffe „Bremen“ und „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, beheimatet sind und sich zugleich die größte Schiffezimmer der Welt, ein gigantisches Werk der Technik, im fortgeschrittenen Bauzustand befindet. Von besonderem Wert aber ist die Fahrt von Bremerhaven nach Helgoland mit dem schnellsten deutschen Seebäderdampfer „Moland“. In die für das Geschäftsbereich zu zahlende Passafide sind sowohl die Kosten für Unterbringung und Verpflegung, als auch die für die Besichtigungen und Rundfahrten und fernerhin auch für die Fahrt Bremen-Helgoland und zurück eingeschlossen.

Flugbootunglück bei Bornholm

Drei Insassen wahrscheinlich ertrunken.

Berlin, 8. Juli.

Das Wasserflugzeug D 864 mußte an der Südküste von Bornholm wegen Motorfehlers auf See niedergehen. Die Besatzung bestand aus Flugkapitän Kling, Flugmechaniker Friedrich und dem Kapitän Eppmann. Außerdem waren vier Passagiere an Bord. Der Führer nahm Verbindung mit dem Motorführer „Maja“ auf und schloß einen Vertrag mit ihm, das Flugboot in den nächsten Bornholmer Hafen zu schleppen.

Das 2½-stündige Schleppboot trat die Katastrophe ein. Das Flugboot kenterte und alle Insassen brangen ins Wasser und klammerten sich an den Rumpf an. Es gelang der „Maja“, drei Personen zu retten. Während des hohen Seeganges war es aber unmöglich, wieder an das Boot heranzukommen. Dagegen wurde die in der Nähe liegende holländische Dampfschiff „Sphix“ herbeigeholt, das das havarierte Flugboot heranzuging, und man konnte von der „Sphix“ aus beobachten, daß dieses Fahrzeug weitere Insassen des Flugzeuges an Bord nahm. Man muß jedoch befürchten, daß die übrigen drei Insassen ertrunken sind. Ein deutsches Zorpedboot, mehrere deutsche Flugzeuge und eine Anzahl Bornholmer Fischerfahrzeuge suchten weiterhin die Anglistelle ab.

D 864 gefunden

Keine Spur von den fünf Passagieren

Kalmar, 9. Juli.

Das in der Nähe von Bornholm getrennte deutsche Flugboot D 864 ist gefunden. Man vermutet hier, daß die fünf noch vermißten Passagiere in der Kabine geblieben und ertrunken sind.

Berlin, 9. Juli.

Die Deutsche Luftflotte hat gestern den ganzen Tag über mit aller verfügbaren Mühe nach dem Verbleib der vermißten fünf Flugbootinsassen getrachtet, ohne aber ein Ergebnis erzielt zu haben. Eine deutsche Zorpedboots-Gabelflotte hat sich trotz harter Stürme auf die Suche begeben. Das Zorpedboot „Z 151“ gab funfentelegraphische Meldung, daß es bisher keine Spur von den Insassen gefunden habe. Weiter ist ein Flugboot von Kalmar aufgefunden, das der Besatzung Bescheid über Vermissten mitbrachte. Ein Zorpedboot ist mit dem Besatzleiter der deutschen Luftflotte, Schiller, an Bord nach Bornholm abgegangen. Auch die schwedische und die dänische Marine haben Jagd zur Hilfeleistung entsandt. Unter den fünf Vermissten befindet sich der Ingenieur eines Handelschiffes in Gothenburg in Westfalen, Brakelberg, und der Bruder des Redakteurs „E.“ von der kaiserlichen Zeitung sowie der Norddeutscher Zippmann.

Keine Verfeinerung der Friedensverträge.

Eine Rede Bethlens über die Politik Ungarns.

V. Debreczin, 8. Juli.

Ministerpräsident Graf Bethlen hielt eine hochpolitische Rede über Ungarns gesamte Politik. Einleitend betonte er, daß man von einer Verwirklichung der europäischen Zustimmung noch weit entfernt sei. Die Thronfrage sei unabhängig vom Zustand nur mit dem Parlament zu lösen. Mit seiner ganzen Macht werde er sich gegen jede gewaltsame Lösung, Ungarn sei eine wirtschaftliche Zusammenarbeit bereit, die noch wichtiger werden könnte, wenn die Nachbarn die ungarischen Wünsche erfüllen würden.

Ungarn stehe in Europa nicht mehr allein da. Seine Hauptstütze sei die italienische Freundschaft. Ein Beweis für die Verschärfung Ungarns auch in England sei seine Reise nach London. Frankreich führe eine verlässliche Politik gegenüber Ungarn. In Deutschland beständen die besten Beziehungen. Es sei auf gelungen, mit Desterreich zu einer engeren Freundschaft zu kommen.

Schöder über die Beziehungen zwischen Desterreich und Ungarn

Budapest, 9. Juli.

Bundeskanzler Dr. Schöder empfing gestern nachmittag im österreichischen Gesandtschaftsgebäude die Vertreter der An- und Auslandspresse und gab ihnen eine Erklärung der Lage Desterreichs und der Beziehungen zwischen Desterreich und Ungarn. Er erklärte, daß seine Beziehungen mit den leitenden Persönlichkeiten Ungarns zu den besten in der Geschichte seien. An gewissen seinen Belohnungen gefühligen aber unersetzlichen Kombinationen sei kein zweites Wort. Sein Belohnen wolle sich auf das gute Verhältnis Desterreichs zu Ungarn. Nach der Auflösung der Doppelmonarchie seien die starken geistig-kulturellen Bindungen zwischen beiden Ländern geblieben, die sich in den letzten Jahren noch mehr gefestigt hätten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wandte er sich gegen die Behauptung, daß Desterreich auf außen- und innenpolitischem Gebiet zu passiv sei. Er wies in diesem Zusammenhang auf die finanzielle Sanierung und auf die Revivierung der österreichischen Bundesverfassung hin. Der Kanzler sprach dann von der vollkommen wirtschaftlichen Befreiung Desterreichs, die im Jaan habe erzielt werden können. Er kam weiter auf die Krise der Landwirtschaft zu sprechen und die Bemühungen Desterreichs, durch Handelsverträge über die Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ueber seine Absichten hinsichtlich des Triand-Vertrages sprach er, daß der Bundeskanzler der Meinung war, daß das Triand-Vertrag, auf das richtige Maß zurückgeführt, für Desterreich und Ungarn, besonders aber für Mitteleuropa eine bedeutende Befreiung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen geeignet sei.

Die englische Zolldebatte.

Ein bedeutendes Problem des Imperiums.

London, 9. Juli.

Das Eintreten einer Gruppe von namhaften englischen Bankleuten für Schutzoll spielt in der Debatte über die Frage, die seit einiger Zeit die englische Öffentlichkeit stark bewegt, eine wichtige Rolle. Die Tatsache, daß auch führende Finanzkreise für Schutzoll eintreten, kommt den Befürwortern protektionistischer Ideen überaus willkommen und wird von ihnen propagandistisch stark ausgenutzt. Die Wirkung dieser Aktion im politischen Leben Englands ist sehr stark zu spüren, und sie kommt ganz besonders der konservativen Partei zugute, die nun offen den Kampf für den Schutzoll und für Vereinheitlichung der zollpolitischen Verhältnisse des britischen Weltreiches führen kann und mit dieser großen Barone interne Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken vermag.

Die geschlossene Front der Vertreter des Schutzollens richtet sich drohend gegenüber den freihändlerischen Theorien der Liberalen und der Arbeiterpartei auf, und es ist unübersehbar, daß das Werden bei den Gedanken eines Reichszollvereins auch im Lager der Freihändler Eindruck macht und daß sowohl bei den Liberalen wie auch bei der Arbeiterpartei sich Neigung zu zeigen beginnt, diesen Gedanken zum mindesten ernsthaft zu prüfen.

Am Bewußtsein der Stärke ihrer Position wollen die Konservativen einen neuen Vorstoß gegen das Kabinett MacDonald unternehmen und in der Zollfrage ein Mißtrauensvotum zur Abstimmung bringen lassen. Sie werden damit zwar parlamentarisch nur einen teilweisen Erfolg erzielen können, der ohne praktische Auswirkung bleiben wird, aber auch eine solche parlamentarische Aktion wird nur dazu beitragen, die Stellung der Schutzolller weiterhin zu verstärken.

Man wird allerdings in ihren Kreisen nicht übersehen dürfen, daß bei einer endgültigen Auseinandersetzung über das Zollproblem nicht allein die Frage der Beziehungen zwischen dem Mutterlande und den Dominions ausschlaggebend ist, sondern daß es letzten Endes darauf ankommt, wie sich die Dominions zu einem solchen Eingriff in ihre Handelsbeziehungen mit dem nächstgelegenen Ausland stellen werden.

Die Frage ist wesentlich wichtiger als die der zollpolitischen Beziehungen zwischen Mutterland und Dominions, und deshalb muß man den Beurteilern recht geben, die darauf hinweisen, daß die letzte Entscheidung über die Neugestaltung der englischen Schutzollpolitik nicht in London, sondern in den Hauptstädten der Dominions gefällt werden wird, die vor die Frage gestellt sind, ob ihnen die britische Reichspolitik oder ihre jeweilige Rolle in der Weltwirtschaft bedeutsamer erscheint.

Landwirtschaftliches.

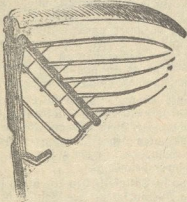
Unser Ziegen im Juli. Ziege gehören alle Ziegen ins Freie. In dem freien Umherlaufen hat der Ziegenhalter die beste Körperpflege seiner Tiere. Wenn kein Platz zum freien Auslauf zur Verfügung steht, sollte wenigstens versuchen, vor seinem Stall einen kleinen Platz einzufriedigen und die Stalltür auch nachts offen zu lassen, damit die Tiere bei übermäßiger Stallhitze ins Freie flüchten können. Andernfalls erlegt man die selbe Aufenthalt durch eine solche aus Latex oder Milchdrüse. Der Dünger, der durch die Fermentation die Hitze noch vermehrt, ist möglichst oft aus dem Stall zu entfernen. Die Böde dürfen in der heißen Regenzeit nicht vernachlässigt werden. Sie sollen gerade in dieser Zeit sich für die spätere aufstrebende Deckzeit wieder kräftigen. Das geschieht durch regelmäßige Fütterung (Sauer), Körperpflege und vor allem durch ausgiebigen Aufenthalt im Freien. Mit dem Herankommen von Winterfütterungsvorarbeiten ist jetzt zu beginnen. Besonders sorgfältige Behandlung verlangt in den heißen Tagen die Milch. Sie ist sofort aus dem Stalle zu entfernen und möglichst gleich zu schmelzen; wo letzteres nicht möglich ist, reich und tief zu füttern. Saubereit bei Gewinnung und Verarbeitung ist Grundbedingung für Wohlgeschmack und Haltbarkeit sowohl der Milch selbst als auch für die aus ihr hergestellte Butter, den Käse und andere Erzeugnisse.

Der erste Wiesenschchnitt. Mitte Juni beginnt allgemein das große Ereignis des Heueinschnitts. Wie wird die Heuernte in diesem Jahre werden? Leider nicht besonders gut. Der abnorm trockene Winter hatte einen so niedrigen Wasserstand zur Folge, daß die Fruchtigkeit für das Wachstum des Schneidegrases vielfach nicht ausreichte. Auch manche Süßgräser konnten sich aus denselben Gründe nicht zeitig genug entwickeln. Zudem haugt in manchen Gegenden die Wurzeleule. Die Grasnarbe ist hier grau und abgestorben, weil die Verbindung mit der Wurzeleule einfach abgestorben ist. Hier gibt es also weder eine Heu- noch eine Grummeterie. Ja, man wird an den schlimmsten Stellen kostspielige Neukultivierungen vornehmen müssen.

Der Schnitt der Halmfrüchte.

(Mit 2 Abbildungen.) (Nachdruck verboten.)

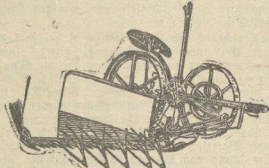
Grundfrüchte schneiden man in der Desterreich, nur Brauergerte darf intrakt sein. Dafür müßt man sie möglichst im Morgentau. Das ideale Gerät der kleinen Wirte ist die



Seine (Abb. 1), die durch Dangeln scharfgehoben wird. Besonders auf felsige, unfruchtbare Böden sind die Halme manchmal sehr hart.

Die Axtfräse benutzt eine Sichel, die innen gezackt ist. Meist wird aber einfach mit der Hand abgerafft oder eine alte, nicht mehr scharfe Sichel genommen.

Da heutzutage die Arbeiterverhältnisse immer schwieriger werden, benutzen schon die Mittelbetriebe mehr und mehr Mähmaschinen. Die einfacheren arbeiten einen Krummhalm seitlich von der Plattform, andere sind mit Vorder-



vorrichtung ausgestattet (Sichthänder). Der Schneidapparat besteht aus dreizehn Messern, die zwischen unebener Fingerring hin und her laufen. Lagert das Getreide sehr, so kann man auch eine Grassmähdmaschine mit Lehrenheber und Anbauschiff benutzen (Abb. 2).

Der Boden muß zweckmäßig so beschaffen sein, daß die Maschine weder einstinkt noch gerät. Steine werden bereits im Frühjahr abgemuldet oder, wenn sie flacher sind, eingewalzt.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung zu teil gewordenen Glückwünsche, Blumen und Geschenke lagern wir herzlichen Dank.
Carl Horlbeck und Frau Luise geb. Winter.

Bekanntmachung.

Am 18. und 19. Juli ds. Js. soll im Gebiete der Luftstr. von Hebrungen bis Nebra auf Grund der Schaurordnung vom 11. Januar 1898, § 5, die Schaut der Sojietätsanlagen abgehalten werden und zwar

am Sonnabend, den 19. Juli d. Js.,

in Nebra gegen 12^Uhr an der Luftstr. Nebra, den 8. Juli 1930.

Der Magistrat. Grünberg

Obst-Verpachtung.

Die diesjährige gesamte Obsternte auf den Grundstücken der Luftstr.-Regulierungs-Gesellschaft soll in der bisherigen Weise am

Mittwoch, den 23. Juli d. Js., nachm. 1 Uhr

im „Waldhäuser“ in Weizen zu den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen öffentlich meistbietend verpachtet werden. Die Güter des Waldhauses ist sofort zu entzünden. Eine Beschreibung der Obstanlagen ist bei uns erhältlich.

Weizen, 5. Juli 1930.

Luftstr.-Regulierungs-Gesellschaft.

Heute engl. Fettbücklinge Ww. Meitz

Das erfolgreiche Anzeigenblatt

Probennummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterssteinweg 19

Komme auf Wunsch ins Haus. — Fernspr. Amt Nebra 197

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 28 832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 2 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restamt 30 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Geldabpartien Nebra — Bankverein Witten.

Nr 81

Donnerstag, den 10. Juli 1930

43. Jahrgang

Dietrichs Etat.

Der Reichsfinanzminister über die Deckungsvorlage.

Berlin, 8. Juli.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des deutsch-rumänischen vorläufigen Handelsabkommens, das in zweiter und dritter Beratung angenommen wurde.

Es folgt dann die Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums und in Verbindung damit die erste Beratung der Deckungsvorlagen.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich

beginnt seine Ausführungen mit einem Wort an seinen Vorgänger Dr. Wolffenbuter, der sich durch sein mannhaftes Eintreten für einen unbedingten notwendigen Haushaltsbedarf verdientermaßen eine spätere Zeit ruhiger Rindkraft besser zu verdienen wissen werde. Nach einem kurzen Lieberblick über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der letzten Zeit weist er auf den unbedingten Fehlbedarf des Haushalts hin, der, wie der Minister bereits im Reichsrat im einzelnen dargestellt hat, 855 Millionen Rm. beträgt.

Die Ursachen dieses Fehlbedarfes seien ausschließlich in der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Monate zu suchen. Auf diese seien die Arbeitslosigkeit und die enormen Kosten, die dem Reich daraus entfielen, zurückzuführen, und aus diesem, wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitslosigkeit, ergebe sich der Steueranfall.

Wenn die Arbeitslosenversicherung wirklich ihre Aufgabe erfüllen und demgemäß dem Arbeitslosen die ihm zuzurechnenden Ansprüche befriedigen würde, dann wäre das größte Unlücksereignis am der Ausgabenseite des Reiches geschwunden. Der Minister geht dann des näheren auf die Deckungsvorläufe ein. Was die von der Regierung benötigte Einparnung von 100 Millionen an den Haushaltsausgaben angehe, so werde es unter den Affairs noch einen harten Kampf geben. Er habe aber die tatsächliche Einparnung dieser 100 Millionen zur Voraussetzung seines Verbleibens im Amte gemacht. Die vom Hansa-Bund geforderte Streichung des Arbeitsbeitrages an die Invalidenversicherung und der Lieberweilungen aus der fogenannten Iteg Brührung liegen nicht zu veranworten. Alles in allem könne man sagen, daß von den Vorschlägen des Hansa-Bundes tatsächlich noch 100 Millionen mittlere Einsparnisse übrig blieben, die ja auch die Reichsregierung zu machen einwilligen sei.

Die Hauptlast der finanziellen Notlage der Gemeinden, die Arbeitslosigkeit, bilde auch eine feste Gefahr für die Finanzen des Reiches. Die Reichsregierung lege diese Gefahr in aller Schärfe.

Mit den vorgeschlagenen Ausgaben für die Arbeitslosenversicherung werde man nur auskommen, wenn das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt werde. Am Vordrang zur Regelung der Gemeindefinanzen ständen der Verwaltungskostenbeitrag der Bürgersteuer, die Gemeindegewerbesteuer und die Frage der Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Der Minister befaßt sich dann mit dem Umbau des Steuerwesens des Reiches und erklärt, daß hier die Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer das erste Ziel sein müsse, wobei er wiederum die Realsteuerfrage für die vordringlichste halte. In dem Augenblick, in dem man die Haussteuer ganz oder teilweise nicht mehr für den Wohnungsbau brauchen werde die Auseinanderlegung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ungeheuer erleichtert, weil in diesem Augenblick eine Entlastung der Realsteuern im ganzen oder einer Umgestaltung möglich sein werde. Der Minister wendet sich dann dem Haushalt für 1931 zu, dessen Vorarbeiten in wenigen Wochen begonnen würden. Zum Schluß weist der Minister auf die Bedeutung der Berücksichtigung der vorliegenden Gesekentwürfe hin.

All diesen Vortragen stehe und solle nicht nur die Reform der Arbeitslosenversicherung, sondern auch die Beitragserhöhung. Wenn diese beiden Dinge nicht erledigt würden, so lege er keinen Weg, die hierzu zu erwartenden Mittel in Höhe von rund 300 Millionen aufzubringen, die die Arbeitslosenversicherung erfordere. Aber auch die ebenso bedeutsame Reform der Krankenversicherung und das Gesetz, welches die Bemittlung weiterer Kreisgesundheitszentren im wesentlichen aufheben soll, könne dann schwerlich eine parlamentarische Erlaubnis finden.

Es würden nicht nur die sozialen Reformen, sondern auch die Grundlagen für das Dflpogramm entfallen. Mit steigenden Sorgen sei nach zu rechnen, der Reichstag werde aber, solange der Minister im Amte sei, jemals rechtzeitig vor die Entscheidung gestellt werden, die Voraussetzung einer geordneten Haushaltswirtschaft sei.

Abgeordneter Dr. Herz (Soz.) weist darauf hin, daß die Sozialdemokratie für die Sanierung der Reichsfinanzen in der Arbeitslosenversicherung zur Liebernahme großer Opfer bereit gewesen sei. Durch die vorgeschlagenen Maßnahmen werde nach Auffassung der Sozialdemokratie das Ziel der Befriedung der Finanzen nicht erreicht. Die Finanzen seien nur zu sanieren, wenn die Laffen über das hinausgeleitet werden, was die Deckungsvorlage bringt. Gespart werden kann vor allem beim Wehretat. Gespart werden könnte auch durch Aufhebung der Subventionen an die Länder. Wir verlangen die Berücksichtigung unseres Pensionskassenantrages noch vor der Sommerpause und

machen von dem Schicksal dieses Antrages unsere Haltung zu den übrigen Deckungsvorlagen abhängig. Abgeordneter Dr. Dörjahren (Dnt) gibt eine Erklärung ab, in der die Ratlosigkeit der Reichsfinanzen als der Beginn der Aufbringungsstufe des Youngplans bezeichnet wird. Die Erhöhung der Einkommensteuer stehe im Gegensatz zu der Selbst von Herrn Hilferding anerkannten Notwendigkeit der Kapitalbildung. Es müsse unter allen Umständen erstrbt werden, das diesmalige Defizit durch Senkung der Ausgaben zu beseitigen. Darüber hinaus sei eine Senkung der Realsteuern und der Einkommensteuer möglich, wenn man die von den Deutschnationalen vorgeschlagenen neuen Einnahmequellen schaffe. Hierzu gehöre der Gedanke eines Verwaltungsstellenbeitrages und die Besteuerung der öffentlichen Betriebe. Voraussetzung für die Sanierung sei überhaupt eine grundsätzliche Veränderung der Ertrags-, Handels-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Abgeordneter Dr. Reubauer (Komm.) wirft der Regierung vor, daß sie die Armen ausplündern wolle, um alles den Reichen zu geben.

Da weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, schließt Vizepräsident Eiser die erste Beratung der Deckungsvorlagen. Die Vorlagen werden dem Steuerausschuß überwiehen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 3 Uhr: Haushalt des Reichsfinanzministeriums.

Kritische 14 Tage.

Der Kampf um die Deckungsvorlagen.

Berlin, 8. Juli.

Der Kampf um die Deckungsvorlagen der Regierung tritt in dieser Woche in ein entscheidendes Stadium ein. Wie lange der Kampf im Reichstage dauern wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen.

Die Reichsregierung hofft, bis zum 19. Juli sämtliche Deckungsvorlagen unter Dach und Fach zu haben und den Reichstag dann in die Sommerferien schicken zu können.

Ob dies der Fall sein wird, dürfte aber davon abhängen, ob es der Regierung gelingt, in den Verhandlungen, die sich in der Hauptlage hinter den Kulissen abspielen dürften, die Parteien zu einer anderen Stellungnahme gegenüber dem Reichsprogramm ab zu bewegen. Die Parteien scheinen nämlich, nachdem sie ihre ursprünglichen grundsätzlichen Bedenken zum Teil zurückgestellt haben, neuerdings den Versuch machen zu wollen, zahlreiche Einzeländerungen an den Steuererlassen durchzuführen. Dies würde bedeuten, daß für die Regierung 14 Tage schwieriger parlamentarischer Verhandlungen bevorstehen; jedoch wird die Regierung wohl nicht umhin können, sich auf derartige Verhandlungen einzulassen, da es zweifelhaft erscheint, ob die Stimmen der hinter der Regierung stehenden Parteien ausreichen, um ihr eine Mehrheit im Reichstage zu sichern.

Bekanntlich lehnen die Deutschnationalen das Deckungsprogramm der Regierung voll und ganz ab, während die Sozialdemokraten bisher noch nicht haben erkennen lassen, welche endgültige Stellung sie gegenüber den Deckungsvorlagen einnehmen werden.

Die wesentlichen Punkte der Deckungsvorlagen werden auch von den Sozialdemokraten befaßt. Wenn die Regierung sozialdemokratische Stimmen gewinnen will, wird sie somit ihr Programm in einigen Punkten ändern müssen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß die politischen Verhandlungen im Reichstage zu einer Einkschwengung des Kabinetts führen werden. Dies würde, wie man in unerrichteten politischen Kreisen verifiziert, aber zweifellos auch bei einer Annahme des Deckungsprogrammes das Ende des Reichstages bedeuten, so daß dann wohl mit Neuwahlen für den Herbst (frühestens für den September) gerechnet werden müsse. Das Schicksal der Regierung brüning steht also wieder einmal auf dem Spiel.

Ein preußisches Sparprogramm

Berlin, 9. Juli.

Entsprechend dem vom preußischen Landtag angenommenen Antrag, der verbriefte Sparmaßnahmen fordert, bezieht die preußische Staatsregierung, wie der Demokratische Zeitungsdienst berichtet, ein großes Sparprogramm vor, das im Herbst dem Parlament als Gegenentwurf vorgelegt werden soll. Wie bekannt steht das Programm u. a. in der Aufhebung von rund 100 Amtsgerichten und einigen Landgerichten vor. Außerdem sollen etwa 50 Landfreie und 3 Regierungspräsidenten aufgehoben werden.

Panuropa im Auswärtigen Ausschuss.

Steuer- und Sozialpolitischer Ausschuss.

Berlin, 9. Juli.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Abgeordneten Ralfat (Anst.) zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung zunächst die Frage der Beantwortung der Brandt'schen Panuropa-Denkchrift steht. Zu Beginn der Sitzung nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort, um die Grundzüge der vom Reichskabinet beschlossenen Antwort dem Ausschuss bekanntzugeben.

Die Tagung des Auswärtigen Ausschusses wird wahrscheinlich mehrere Tage dauern, da die Tagesordnung nachträglich noch erheblich verlängert worden ist. So soll sich in der Beratung der Paneuropäische eine Aussprache über die Sanierungsmaßnahmen stattfinden. Dann sollen neben zahlreichen anderen außenpolitischen Abkommen die Handelsverträge mit Oesterreich und Polen zur Beratung kommen.

Der Steuerausschuß des Reichstages begann die Beratung der Deckungsvorlagen. Im Sozialpolitischen Ausschuss wurden die Anträge über die Arienfürsorge behandelt, während im Haushaltsausschuß das Gesetz über die Vstiftile angenommen wurde.

Strefemann-Denkmal in Mainz.

Die feierliche Grundsteinlegung.

Mainz, 8. Juli.

Unter harter Beteiligung der Bevölkerung fand am 7. Juli die feierliche Grundsteinlegung zum Strefemann-Denkmal statt.

Zahlreiche Vereine und hndentische Korporationen umfäumten mit ihren Fahnen den Platz, der mit den Flaggen des Reiches, Hessens und der Stadt Mainz geschmückt war. Der Erzbischof gegenüber war ein mit Trauerfroh umarmtes Bild Strefemanns aufgestellt. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. Reichsminister Freiherr Langewert von Simmern, Landesminister Geheimrat Dr. Winger, Provinzialdirektor Dr. Wehner, Oberbürgermeister Dr. Kell-Mainz sowie den Reichsminister a. D. Dr. Scholz. Als Redner der Familie Strefemann war Wolfgang Strefemann zugegen. Rüstlich um 12 Uhr wurde die Feier mit dem Wiedereröffnen des Dankegels beendet.

Sodann ergiff der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Reichsminister a. D. Dr. Scholz das Wort. Er feierte den verstorbenen Führer als den unerwähnten Dorfämpfer für die Abhaltung der ersten, als Staatsmann größten Formals, der jeder den Tag der Freiheit nicht mehr kühnen durfte.

Während die Flaggen auf Salbmaht fanten und die Fahnen sich neigten, erklang das Lied „Am Brunnen vor dem Tore“. Dann wurde die Urkunde verlesen, die in den Grundstein eingemauert wird.

Überbürgermeister Dr. Kell beizte in seiner Ansprache, daß Mainz wohl am kühnsten gelitten und daher einen Anspruch darauf habe, das erste Denkmal des Befreiers in seinen Mauern zu bergen.

Die Befreiungsfeier in Rehl.

Rehl, 8. Juli.

Die Stadt Rehl und das Hanauer Land feierten den Tag ihrer Befreiung von der französischen Besetzung. An geshmer am Nachm. um angeleglich volle Feier statt. A war anwesend, Reichsministerpräsidenten in ihren Großstädten, des und die Red- der Begrüßungs- griff für die bar- Dr. Schmitz das eigentliche

Ter, 8. Juli.
Hier veranfaltete wunden befristete rierer Stadions. Bund der Saarg- überbrachte, brüden, die das patriotischer Ge- reiheit fündeten. aus, die Stunde sein in Ost und Schwefeln von

den ganzen übrigen der Gefolgshenft der ersten Tag sollten alle Deutschen sich untereinander die Hand reichen zur gemeinsamen Arbeit, um auf freiem Grund als freie Volk zu stehen. Sodann wurde eine Entschließung zur Saargebiet angenommen. Das Deutschlandbild befohl die Umgebung.

Die Trierer Zubeisfeier.

Trier fand im Zeichen der großen Befreiungsfeier. Zahlreiche Fremde hatten die alte Rheinmetropole aufgesucht. Schon am Sonnabendnachmittag zog ein Werberfestzug der Deutschen Luft-Gafla seine Schiffe über Trier, während gleichzeitig die Sanierungsarbeiten der Trierer Passierie und die Teilnehmer des Rheinland-Befreiungsfestes auf dem Flugplatz bei Guren zur Zusammentragung eintrafen. Gleichzeitig erreichten die Fahrer des Deutschen Leuzing-Klubs-Münden, 600 an der Zahl, Trier, wo sie bis zum Sonntag Rast machten.